

Zur Soziologie der Wissensgesellschaft

Prof. Nico Stehr Ph.D. FRSC

Vortrag im Rahmen der Veranstaltung

„Die Wissensgesellschaft ... und die Zukunft der Bibliotheken“
in der ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen, am 4. Juli 2007

Zur Soziologie der Wissensgesellschaft

Die gesellschaftlichen Veränderungen, von denen hier die Rede sein wird, sind historisch einmalige Veränderungen. Und zwar gilt dies nicht nur für die Art der mit zu beschreibenden Veränderungen der Gesellschaft, sondern auch für die Geschwindigkeit, mit der sich diese Entwicklungen durchgesetzt haben und noch durchsetzen. Ich spreche von einem Zeitraum von allenfalls einem halben Jahrhundert. Angesichts des massiven gesellschaftlichen Wandels müssen wir uns auch von liebgewonnenen Selbstbeschreibungen der modernen Gesellschaft verabschieben.

Wenn Wissen in steigendem Maß nicht nur als konstitutives Merkmal für die moderne Ökonomie und deren Produktionsprozesse und -beziehungen, sondern insgesamt zum Organisations- und Integrationsprinzip und zur Problemquelle der modernen Gesellschaft wird, ist es angebracht, diese Lebensform als *Wissensgesellschaft* zu bezeichnen. Und dies heißt nichts anderes, als daß wir uns unsere Wirklichkeit durchweg aufgrund unseres Wissens einrichten.

Wenn der bekannte englische Romanautor und Wissenschaftler C. P. Snow, an den wir uns heute vor allem wegen seiner These von den zwei Wissenschaftskulturen erinnern, in einer zitierwürdigen Metapher darauf verweist, dass die Wissenschaft die Zukunft in den Knochen hat, so meint er damit nichts anderes, als dass das Wissen das Werden einer Welt sei und nicht nur Abbild der Welt. Aber darauf werde ich nicht genauer eingehen, wenn ich Ihnen schildere, wie ich den zentralen Begriff des Wissens in diesem Zusammenhang verwende.

Mit der These von der modernen Gesellschaft als Wissensgesellschaft ist aber nicht gemeint, dass wir beispielsweise entscheidende Fortschritte auf dem steinigen Weg gemacht haben, den einst verbreiteten Traum der Rationalisierung des Irrationalen in der Welt zu verwirklichen oder dass wir dem Schreckgespenst einer objektiven Beherrschung der gesellschaftlichen oder natürlichen Realität näher gekommen sind.

In der Zwischenzeit hat sich im politischen Diskurs und in den Medien einiger Länder die Idee zunehmend durchgesetzt, dass wir uns, zumindest was die Wirtschaftsform angeht, in einem Übergangsstadium zu einem wissensbasierten Wirtschaften befinden. In den Medien, in wissenschaftlichen und politischen Diskursen werden die Begriffe Wissensgesellschaft und Informationsgesellschaft nicht selten synonym verwendet. Häufig verweisen die Begriffe Informations- oder Wissensgesellschaft, negativ gewendet, auf die Vorstellung, dass wir in einem Zeitalter der Kompression und Kolonisierung der Lebenswelten leben, dass der Prozeß der Globalisierung uns unaufhaltsam auf den Weg in eine Weltgesellschaft befördert, dass Ideen größere Bedeutung gewinnen als Gegenständliches und dass Programme wichtiger werden als Maschinen. Die Transformation der modernen Gesellschaft in eine Wissensgesellschaft ist aber sehr viel mehr.

Ich möchte in diesem Beitrag, nachdem ich zunächst einige Eigenschaften von modernen Wissenschaftsgesellschaften generell skizziert habe, auf die Transformation der Institutionen *Politik, Markt und Wissenschaft* von Gegenwartsgesellschaften eingehen. Im Fall des Politiksystems geht es um die Frage der Regierbarkeit moderner Gesellschaft, im Fall des ökonomischen Systems um die Moralisierung der Märkte und der Transformation der Arbeitswelt, im Fall des Wissenschaftssystem geht es schließlich um das Problem der Wissenspolitik als neues Politikfeld von Wissensgesellschaften.

Natürlich muß ich mich kurz fassen, ich kann nicht alle Ungleichzeitigkeiten in voller Breite ausleuchten. Ich muss mich auf einige Trends konzentrieren. Das soll aber nicht heißen, daß es keine gesellschaftlichen Gegenbewegungen, signifikante Ausnahmen und systematische Zerbrechlichkeiten gibt, die dem Skeptiker Munition für die Beobachtung geben, um mit Hans-Georg Gadamer zu sprechen, dass das „Alte nie so alt gewesen ist und das Neue nie so neu ist, wie es scheint.“

Trotz dieser inhärenten Schwierigkeiten kultur- und sozialwissenschaftlicher Diskurse, möchte ich betonen, dass wir auf dem Weg in eine Gesellschaftsform sind, die

man sinnvollerweise Wissensgesellschaft nennen sollte. Ich folge mit dieser These einer traditionellen Vorgehensweise: Prominente Theorien der Gesellschaft haben mit Recht diejenigen Eigenschaften als ihr zentrales, namensgebendes Moment, die ihre Autoren für die Entstehung und Ausprägung dieser Gesellschaftsformation verantwortlich machen und deren Spiegel diese Theorien der Gesellschaft sein wollen. Aus vergleichbaren formellen Gründen schlage ich deshalb vor, die sich jetzt herausbildende und in Zukunft wahrscheinlich dominante Gesellschaftsformation "Wissensgesellschaft" zu nennen. Der konstitutive Mechanismus dieser Gesellschaft wird Wissen sein, beziehungsweise die Identität dieser Gesellschaftsformation wird durch Wissen bestimmt sein.

Im Ablauf des historischen Prozesses ist das Auftauchen von Gesellschaftsformationen, die wir als "Wissensgesellschaften" analysieren, nicht etwa eine plötzliche Erscheinung, also in diesem Sinne auch keine revolutionäre Entwicklung. Diese umgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen müssen vielmehr als ein evolutionärer Prozess verstanden werden, in dessen Verlauf sich das die Gesellschaft definierende Merkmal ändert beziehungsweise ein neues hinzukommt. In der Regel sind Ende und Entstehung eines Gesellschaftstyps gleich langwierige Prozesse. Nur selten vollzieht sich gesellschaftlicher Wandel sprunghaft und spektakulär. Eingefahrene Verhaltensweisen werden gestört, Orientierungen verlieren an Bedeutung; dennoch bleibt es immer schwierig, klar und eindeutig festzustellen, wann ein neuer Typus von Gesellschaft entstanden ist und neue Verhaltensweisen gegeben sind.

Wissensgesellschaften sind auch nicht Ergebnis eines einfachen, ein-dimensionalen gesellschaftlichen Wandlungsprozesses. Sie entstehen nicht auf Grund eindeutiger Entwicklungsmuster. Ich bin geneigt zu sagen, dass viele konkrete soziale, politische Wege zur Wissensgesellschaft führen. Wissensgesellschaften sind schon aus diesem Grund keine einheitlichen gesellschaftlichen Konfigurationen. Sie assimilieren sich, indem sie, so paradox dies auch klingen mag, jeweils eigenen Entwicklungsmustern folgen und dabei in vieler Hinsicht verschiedenartig bleiben. Obschon neuere

Entwicklungen in der Kommunikations- und Transporttechnik beispielsweise dazu beitragen, dass die einstige Distanz zwischen Gruppen und Individuen aufbricht, bleibt die erhebliche Isolation zwischen Regionen, Städten und Dörfern erhalten. Die Überwindung der physischen Entfernung ist nicht identisch mit der Abschaffung der sozialen Distanz. Die Welt öffnet sich zwar, Stile, Waren und Personen zirkulieren sehr viel intensiver, aber die Mauern zwischen den Überzeugungen über das, was heilig ist, bleiben bestehen. Die Bedeutung von Zeit und Ort verändert sich, aber Grenzen werden weiter mit Intensität gefeiert und geachtet. Fasziniert vom Zeitalter der Globalisierung leben wir mit der Obsession von Identität und Ethnizität. Und Hand in Hand mit der Territorialität von Sensibilitäten und der Regionalisierung von Konflikten geht wachsende Gleichzeitigkeit des Erlebens von Ereignissen auf unterschiedlichen Kontinenten.

Schließlich sind es nicht mehr eminent politische, materielle und weltanschauliche Probleme, wie Krieg und Revolution, Klasse und Gerechtigkeit, Rasse und Nationalität, Arm und Reich, die die Welt in Blöcke teilt, sondern es sind Kollisionen und Differenzen von Werten und Normen, oftmals vorrangig religiöse Impulse und säkulare Werte über dieseitige und jenseitige Lebensweisen und Lebensformen, die Welten teilen.

Wissen als Handlungsvermögen

Ich möchte Wissen als *Fähigkeit zum (sozialen) Handeln* (Handlungsvermögen) definieren, als die Möglichkeit etwas in "Gang zu setzen". Damit ist die Verbindung von sozialem Handeln und Wissen, wenn auch nur zeitweise und vorläufig, unterbrochen. Im Sinn dieser Definition ist Wissen ein universales Phänomen oder eine konstante anthropologische Größe. Meine Begriffswahl stützt sich unmittelbar auf Francis Bacons

berühmte und faszinierende These "scientia est potentia" oder, wie diese Formulierung häufig, aber irreführend, übersetzt wurde: *Wissen ist Macht*.

Menschliche Naturerkenntnis ist demzufolge Ursachenwissen, aber auch gleichzeitig Kenntnis der Handlungsregeln und damit das Vermögen, den fraglichen Prozess in Gang setzen oder etwas erzeugen zu können. Erfolge oder Folgen menschlichen Handelns lassen sich demnach an der Veränderung der Realität ablesen.

Wissen erfüllt allerdings nur dort eine "aktive" Funktion im gesellschaftlichen Handlungsablauf, wo Handeln nicht nach im wesentlichen stereotypisierten Mustern (Max Weber) abläuft oder ansonsten weitgehend reguliert ist, sondern wo es, Entscheidungsspielräume oder -notwendigkeiten gibt. Für Karl Mannheim (1929:74) beginnt soziales Handeln deshalb auch erst dort, "wo der noch nicht rationalisierte Spielraum anfängt, wo nicht regulierte Situationen zu Entscheidungen zwingen".

Konkreter formuliert:

Es ist kein Handeln ..., wenn ein Bürokrat ein Aktenbündel nach vorgegebenen Vorschriften erledigt. Es liegt auch kein Handeln vor, wenn ein Richter einen Fall unter einen Paragraphen subsumiert, wenn ein Fabrikarbeiter eine Schraube nach vorgeschriebenen Handgriffen herstellt, aber eigentlich auch dann nicht, wenn ein Techniker generelle Gesetze des Naturablaufs zu irgendeinem Zweck kombiniert. Alle diese Verhaltensweisen sollen als reproduktive bezeichnet werden, weil diese Handlungen in einem rationalisierten Gefüge nach Vorschriften ohne persönliche Entscheidung vollzogen werden.

Infolgedessen beschränkt sich für Mannheim etwa das Problem des Verhältnisses von Theorie und Praxis auf Situationen genau dieser Art. Allerdings sind selbst weitgehend regulierte und durchrationalisierte Situationen, die sich beständig wiederholen, nicht frei von "irrationalen" (d. h. "offenen") Momenten. Wissen kann zu sozialem Handeln führen und ist gleichzeitig Ergebnis von sozialem Handeln. Hierin deutet sich bereits an, dass man das Vermögen zum Handeln keineswegs identisch setzen muss mit tatsächlichem Handeln, d. h. Wissen ist nicht selbst schon Handeln.

Schließlich sollte betont werden, dass Wissen sich nicht auf wissenschaftliche Erkenntnis reduzieren läßt. Im Kontext meiner Definition von Wissen, ist wissenschaftliche oder technologische Erkenntnis zunächst einmal nichts anderes als Handlungsvermögen. Und damit ist wissenschaftliches Wissen, wie auch manche andere Wissensform, fragil, das heißt, es ist keine unanfechtbare, unstrittige oder interpretationsfreie Größe oder Instanz. Insofern es denn eine herausragende Rolle in der modernen Gesellschaft im allgemeinen und in der Wirtschaft im besonderen spielt, kann dieser Einfluss nicht Ausdruck der Tatsache sein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse handlungsrelevant und handlungsinduzierend sein können, zumal sich wissenschaftliche Erkenntnisse in dieser Hinsicht – als Wissensform – nicht von alltäglichem Wissen oder religiösem Wissen unterscheiden.

Der besondere soziale, aber vor allem ökonomische Stellenwert ergibt sich daraus, dass wissenschaftliches Wissen mehr als jede andere Wissensform kein statisches Wissen repräsentiert und permanent zusätzliche (incremental) Handlungsmöglichkeiten fabriziert und konstituiert. Damit ergibt sich zwischen wissenschaftlichen und ökonomischen Systemen eine interessante Analogie in der Funktion zusätzlichen Wissens; in beiden Systemen wird für zusätzliches Wissen eine “Prämie” entweder in Form von Anerkennung und Prestige oder monetären Erträgen ausgelobt. Das Wissenschaftssystem erwartet, betont und belohnt zusätzliche oder “neue” Wissenseinheiten als Ausdruck wissenschaftlicher Kompetenz und beruflichen Erfolges. In der modernen Ökonomie erhält neues Wissen ähnlich wie im Wissenschaftssystem einen besonderen, lohnenden Stellenwert, nicht zuletzt indem zusätzliches Wissen, in die Nähe einer Ware rückt und Wettbewerbsvorteile verspricht.

Das politische System

In einem Satz zusammengefasst will ich kurz beschreiben, dass es zu einem Herrschaftsverlust kraft Wissen im politischen System von Wissensgesellschaften kommt.

Der Herrschaftsverlust der großen gesellschaftlichen Institutionen, die noch bis weit in das 20. Jahrhundert unser Schicksal bestimmt haben, ist Ergebnis einer (ungleichgewichtigen) Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten der Akteure in modernen Gesellschaften. Die Macht der großen Institutionen – wie Staat, Kirche und Militär – wird zunehmend unterminiert und abgelöst von den wachsenden Handlungskapazitäten vergleichsweise kleiner Gruppen. So führen technische Entwicklungen beispielsweise dazu, dass die Finanz- oder Wirtschaftsmärkte fragiler werden: Der Zwang der agierenden Organisationen und Personen zu Flexibilität wächst, um sich schnell verändernden Nachfrage- und Angebotskonstellationen anzupassen. Generell können scheinbar so heterogene Phänomene wie die Zunahme der politischen Partizipationschancen, das Anwachsen der »informellen« Wirtschaft, das häufigere Auftreten abweichenden Verhaltens, das Umsichgreifen von Korruption, der Zuwachs der beruflichen Qualifikationen, aber auch das dramatische Wachstum von Geldvermögen als konkrete Belege der erheblich erweiterten Handlungskapazität einzelner Gesellschaftsmitglieder und kleiner Gruppen von Akteuren angesehen werden. Der Begriff der Zerbrechlichkeit als Kennzeichnung dieses Zustands soll signalisieren, dass nicht nur die »Steuerung« der Gesellschaft durch vermeintlich mächtige Institutionen, sondern auch die Vorhersage gesellschaftlicher Entwicklungen ungleich schwieriger geworden ist.

Die Veränderung der Handlungsmöglichkeiten, der Chancen unterschiedlicher gesellschaftlicher Subjekte, etwas in Gang zu setzen beziehungsweise zu be- oder verhindern, ist freilich kein Nullsummenspiel. Es lässt sich beobachten, dass die

Ausweitung der Handlungskapazitäten von Individuen und kleinen Gruppen nicht bedeutet, daß etwa der Staat seine traditionellen Handlungsmöglichkeiten einschränken müsste. Dennoch wird seine Interventionsfähigkeit geringer, weil sich die Verbesserung und Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten weitgehend auf einzelne und auf kleine soziale Gruppen beschränkt. Diese werden zu formidablen Widersachern einstmals mächtiger Institutionen. Einerseits haben der Einfluss des Staates und dessen Kontrollmöglichkeiten nicht zugenommen, andererseits aber ist der Handlungsspielraum vieler erheblich angewachsen.

Das Wissenschaftssystem

Wird alles das, was gedacht wird, auch ausgeführt? Nichts scheint so unaufhaltsam wie das Denken. Und, wie von nicht wenigen behauptet wird, alles ist machbar. Sofern dies auch nur in Umrissen zutrifft, wird die Frage nach dem, was wir mit Hilfe neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse tun wollen oder müssen, zu einem zentralen Dilemma der Menschen. Dass wir immer mehr machen können, ist unstrittig.

Von besondere Relevanz für das Wissenschaftssystem in Wissensgesellschaften, sieht man einmal davon ab, dass wissenschaftliches und technisches Wissen zur wichtigsten Quelle wirtschaftlichen Wachstums und gesellschaftlicher Probleme wird, gehört die Herausbildung eines kontroversen Politikfeldes, das ich Wissenspolitik nenne.

Ich möchte damit auf das wahrscheinlich wichtigste und zu möglicherweise endlosen Kontroversen Anlass gebende Thema der nächsten Jahrzehnte aufmerksam machen. Und zwar der Frage nach der Überwachung und Kontrolle *neuer* Erkenntnisse (und technischer Fertigkeiten) beziehungsweise nach der Entwicklung eines neuen Politikfeldes, nämlich der Wissenspolitik. Die Wissenspolitik ist nicht Ergebnis des vagen, unbestimmten Gefühls, dass eine Konsolidierung oder ein langsames Wachstum des Wissens sinnvoll wäre. Im Mittelpunkt der Wissenspolitik finden wir strategische

Bemühungen, neue Erkenntnisse und technische Erfindungen, und damit zugleich die Zukunft, im Zentrum der kulturellen, ökonomischen und politischen Matrix der Gesellschaft zu verankern. Wissenspolitik hat zum Ziel, dem Wissen eine bestimmte zukünftige gesellschaftliche Karriere zuzuordnen. Noch genereller ausgedrückt ist es ihre Aufgabe, neue Erkenntnisse und technische Artefakte zu regulieren und zu kontrollieren, indem Regeln und Sanktionen formuliert werden, die für relevante Akteure und Organisationen den Umgang mit bestimmten Erkenntnissen mitbestimmen.

Obwohl der Begriff der Wissenspolitik auf den ersten Blick zu signalisieren scheint, dass es vorrangig um eine Prohibition in der Verwendung neuen Wissens geht, täuscht dies. Wissenspolitik kann sich sehr wohl mit der Erarbeitung und Durchsetzung von neuen Optionen für die praktische Realisierung von Wissen befassen. Viele interessensgeleitete Gruppen der modernen Gesellschaft bestehen beispielsweise darauf, dass ihre Vorstellungen und Bedürfnisse durch politische Maßnahmen etwa auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, der Umweltpolitik, dem Bildungswesen oder der Sozialpolitik durchgesetzt werden. Zu diesen Forderungen gehört natürlich auch die Implementation neuer Erkenntnisse und technischer Möglichkeiten durch eine flankierende Wissenspolitik. Solange allerdings Gesellschaften die Tugend der auf Eigeninteresse basierenden individuellen Initiative und des Entscheidungshandelns fördern, stützt das Kollektiv, wenn auch nur passiverweise, die ungehinderte Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und technischer Erfindungen.

Warum kommt es überhaupt zum Entstehen des Politikfeldes Wissenspolitik? Warum ist man zunehmend bereit, Macht über Wissen auszuüben? Die lange verbreitete Vorstellung, dass die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse eigentlich nur nützlich und die wichtigste Quelle des Fortschritts sein kann, gilt nicht mehr. Warum ist man anscheinend nicht mehr bereit, die „naturwüchsige“ Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und technischer Fertigkeiten als Segen zu begreifen, als Entschlüsselung der Rätsel der Natur, als Emanzipation von Lasten und Schmerzen, als Instrument

für eine bessere Gesellschaft, als Realisierung dessen, was den Menschen von anderen Kreaturen unterscheidet, als Schlüssel zu umfassendem Wohlergehen oder einfach als Befreiung von „ewigen“ natürlichen und gesellschaftlichen Zwängen aller Art? Die herkömmliche Vorstellung, Spezialwissen verdiene allgemeinen Respekt und jeder Wissenszuwachs sei Wertschöpfung, der dem Menschen automatisch Nutzen bringe, ist zunehmend kritischen Stimmen ausgesetzt.

Sobald man nicht mehr bereit ist, die Produktion und die Anwendung von wissenschaftlichen Erkenntnissen als humanitäres Projekt zu begreifen, d. h. als eine nützliche Aktivität, die als solche gut ist, ist man bereit, die Folgen dieser Tätigkeit zu disziplinieren. Es ist also angesagt, sich erneut und vielleicht noch dringlicher, als dies in der Vergangenheit der Fall war, Gedanken über die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft zu machen. Die Sorge, dass wir zuviel wissen, dass wir der Wissenschaft viele unserer aktuellen gesellschaftlichen Probleme verdanken und dass die Menschheit sich anschickt, Gott zu spielen beziehungsweise zur „Selbsttransformation der Gattung“ ansetzt, ersetzt zunehmend die Furcht, wir könnten immer noch unter umfassenden Wissenslücken leiden.

Das ökonomische System

Unter der Überschrift des ökonomischen Systems in der Wissensgesellschaft möchte ich auf zwei wichtige Veränderungen aufmerksam machen, einmal der Arbeitswelt und andererseits des Marktverhaltens der Produzenten und Konsumenten.

(1) Zu den faszinierenden Veränderungen im ökonomischen System der Wissensgesellschaften gehört eine *Moralisierung der Märkte*, deren Grundlagen und Auswirkungen ich kurz beschreiben werde. Bei der an dieser Stelle diskutierten Frage nach der Moralisierung der Märkte beschränke ich mich auf die Motive und ihre Ursachen, die bei Kaufentscheidungen eine Rolle spielen. Im Zentrum dieser Überlegungen steht somit der

Markt von Konsumgütern und die neuartige Konstitution dessen, was den Gebrauchswert von Waren und Dienstleistungen ausmacht: dieser existentielle und (später) symbolische Wert wird in modernen Gesellschaften zunehmend mitbestimmt oder sogar abgelöst von dem ethischen Wert der Ware, der dann den Gebrauchswert einer Ware am Markt ausmacht.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die öffentlichen Kontroversen über die planvolle, genetische Modifikation von Nahrungsmitteln ein wichtiges Symptom sehr viel weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen sind, in dessen Rahmen strittig diskutierte und beurteilte zusätzliche technische Fertigkeiten und neues Wissen zum Motor grundlegender Transformation der modernen Ökonomie werden (siehe Stehr, 2001). Diese Veränderungen tragen wiederum dazu bei, dass der Markt nicht mehr nur ein Ort ist, an dem alle Marktteilnehmer, einschließlich der Institutionen, die die Rahmenbedingungen des Marktverhaltens beeinflussen, gemeinsam einen Code, d. h. rein rational mitbestimmte Kalküle und Präferenzen verwenden und in dem der Preis von Waren und Dienstleistungen ausschließlich nach seinem Nutzen kalkuliert wird. Es kommt, wie ich dies nennen möchte, zu einer Moralisierung der Märkte.

Die These von einer Moralisierung von Kaufentscheidungen oder der Beobachtung, dass die Steuerungsfunktionen des Marktes nicht mehr ausschließlich auf reine Nutzenkalküle beschränkt sind, widerspricht demgegenüber einem quasi eisernen Gesetz der Moderne und zwar der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft sowie den dann unvermeidbaren Grenzen der gesamtgesellschaftlichen Reichweite des Einflusses systemspezifischer Kommunikationsmedien.

Die von mir als Moralisierung der Märkte beziehungsweise als Dekommerzialisierung der Preise beschriebene Entwicklung verstehe ich primär als Ergebnis der Eigendynamik des modernen ökonomischen Systems. Die Veränderungen sind somit nicht, wie man vielleicht geneigt ist zu unterstellen, das Resultat erfolgreicher Interventionen sozialer Bewegungen, des politischen Systems oder anderer gesellschaftlicher

Prozesse – wie zum Beispiel als Folge eines kritischen, aufgeklärten Diskurses über die Paradoxien der Moderne oder des Spätkapitalismus – die zweifellos bemüht sind, mit Hilfe ihrer Logik oder ihrer regulativen Politik das Marktgeschehen nachhaltig zu verändern. Die Moralisierung der Märkte ist zudem mehr als nur Ausdruck größerer Unsicherheiten und Risiken gesellschaftlichen Handelns.

Trotz der mit Recht, etwa angesichts enttäuschender makroökonomischer Daten sowie der Verletzbarkeit der Konjunktur durch externe, unvorhergesehene Ereignisse periodisch auftauchenden ernststen Besorgnisse über den Zustand der gesamtwirtschaftlichen Lage in den entwickelten Volkswirtschaften, darf man ein Faktum und dessen soziale Folgen nicht einfach übersehen. Es gibt ein die wirtschaftliche Entwicklung der industriellen Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas in den Jahren 1950 bis 1985 oder sogar darüber hinaus kennzeichnende Transformation, die historisch einmalig ist und deren Erfahrungen und Konsequenzen für große Teile der Menschen dieser Gesellschaften dennoch selten ausführlicher reflektiert werden. Wie etwa Alan Milward (1992:21) zutreffend betont hat:

[b]y the end of this period the perpetual possibility of serious economic hardship which had earlier always hovered over the lives of three-quarters of the population now menaced only about one fifth of it. Although absolute poverty still existed in even the richest countries, the material standard of living for most people improved almost without interruption and often very rapidly for thirty-five years. Above all else, these are the marks of the uniqueness of the experience.

Die Emanzipation großer Bevölkerungsteile von wirtschaftlicher Verwundbarkeit und Unterjochung, die Marx und Engels nicht vorausgesehen haben, Keynes aber mitten in der Weltwirtschaftskrise des vergangenen Jahrhunderts antizipierte und die nicht im gleichen Umfang mit vergleichbarer Geschwindigkeit in allen Industriegesellschaften zu beobachten ist, repräsentiert die materielle Basis neuer Formen sozialer Ungleichheit (siehe Stehr, 1999).

Konkreter formuliert, was sich nachhaltig verändert, ist der Grad der materiellen Abhängigkeit der Akteure von ihrem beruflichen Status in der Gesellschaft, und was sich verbessert, obwohl nicht vollständig eliminiert, ist die relative Emanzipation von den Kontingenzen des Arbeitsmarktes durch umfassendere Vermögenswerte, die Individuen und Haushalte kontrollieren. Und zwar handelt es sich um einen Wohlstand von Haushalten, der durch mobilisierbare, markttaugliche Ressourcen gekennzeichnet ist.

Was ich hier als die Moralisierung der Konsumtion beschrieben habe, ist, wenn auch nur als historischer Kontrast, meilenweit entfernt von dem, was man in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts als „Massenkonsum“ bezeichnet hat. Man war damals fest davon überzeugt, dass man den Massenkonsum in einer Art Tayloristischem Ansatz punktgenau manipulieren und steuern kann.

Der Stellenwert der Arbeit

(2) Der gesellschaftliche Stellenwert und der Umfang der Arbeit gehören seit Jahrhunderten zu den Interessenschwerpunkten der Sozialwissenschaften. Arbeit, so war man sich lange mit Karl Marx einig, gehe einher mit der Selbsterzeugung des Menschen. Im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert war für die Sozialwissenschaftler die Frage nach der Zukunft der Arbeit identisch mit der Emanzipation von der physischen Arbeitsbelastung durch Reduktion der Arbeitszeit, größere Autonomie und interessantere Arbeitsaufgaben. Man ging davon aus, eine Befreiung von diesen Eigenschaften der Arbeit sei wahrscheinlicher als etwa von einem in einer bestimmten Weise strukturierten Arbeitskontext, der Eigentümer von Produktionsmitteln und Arbeiter in einem unversöhnlichen Gegensatz sah und die Selbstverwirklichung des Arbeiters verhinderte. Noch utopischer war die Vorstellung, dass es zu einer verbreiteten Entlastung von Arbeit kommen könne. Die Schlussfolgerung, dass das Emanzipationspotenzial der Industria-

lisierung im Sinne einer Reduzierung der Gesamtarbeitszeit ausgeschöpft worden sei, wird kaum auf Widerspruch stoßen.

Aber selbst noch im vergangenen Jahrhundert waren viele Sozialwissenschaftler der Ansicht, dass der Arbeiter seine Selbstverwirklichung sehr viel wahrscheinlicher außerhalb der Arbeitswelt durchsetzen könne. Diese Logik folgte dem herrschenden Verständnis von den (inhärenten) Zwängen der modernen, standardisierten Produktionsbedingungen und den Folgen der Konzentration der Eigentumsrechte. Sie fand ihren Ausdruck in der Prämisse, dass die Arbeit eigentlich nur ein Faktor unter gleichartigen, disponiblen Produktionsfaktoren sein könne.

Mein Blick richtet sich auf eine soziale Anatomie der Arbeit, das heißt eine Analyse des Stellenwerts der Arbeit, dem Ende der standardisierten Produktion und der am Markt neuerlich wirksamen, sich verändernden Präferenzen der Konsumenten in der wissensbasierten Ökonomie. Mein Augenmerk gilt zunächst dem Umfang der Arbeit in der modernen Gesellschaft. Auf die für Wissensgesellschaften typischen Arbeitsinhalte und -formen, sowie die *Marktinstabilität* (insbesondere im Sinne größerer Produktvielfalt) und deren Voraussetzungen und Folgen gehe ich im nächsten Abschnitt ein.

Das Volumen der Arbeit in der Wissensgesellschaft

Der Arbeitsmarkt ist makroökonomisch weiterhin ein ungelöstes Rätsel. Die Transformation der modernen Wirtschaft in eine wissensbasierte Ökonomie erleichtert die Lösung keineswegs. Wie knapp wird Arbeit in Zukunft sein, und werden ökonomisches Wachstum und Vollbeschäftigung, aber auch die Ertragskraft von Unternehmen in Zukunft in einem sehr viel weniger engen Verhältnis zueinander stehen, als dies in den letzten Jahrzehnten der Fall war? Diese Frage ist in letzter Zeit schon häufiger diskutiert worden, aber in der Regel und in der Hoffnung, die Arbeitslosigkeit gezielt bekämpfen und überwinden zu können. Trotz eines neuen beschäftigungspolitischen Pessimismus

angesichts der hohen oder sogar wachsenden Arbeitslosenraten in vielen OECD-Ländern gibt es immer wieder optimistische Stimmen – nicht nur unter Politikern, die nicht müde werden zu betonen, dass Produktivitätsgewinne beschäftigungsmäßig nicht einfach in Luft auflösen, sondern aufgrund des damit gekoppelten Kaufkraftzuwachses an anderer Stelle die Nachfrage erhöhen und damit letztlich Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen fragen, ob diese zuversichtliche These per Saldo auch für den Gesamtarbeitsmarkt von Wissensgesellschaften gilt.

Die säkulare Beschäftigungsentwicklung in wissensbasierten Ökonomien lässt sich verallgemeinernd wie folgt unterscheiden: (1) Schaffung von wissensfundierten (und in der Regel hochbezahlten) Tätigkeiten; (2) Schaffung von (in der Regel schlecht bezahlten) Tätigkeiten mit geringen Qualifikationen und beruflichen Anforderungen; und (3) das Verschwinden von Tätigkeiten und damit die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Offen bleibt zunächst, welcher „Mechanismus“ für diese Arbeitsmarktveränderungen verantwortlich ist, auch wenn die meisten Beobachter die moderne Technik und Wissenschaft als Motor dieser langfristigen Entwicklungen ausmachen. Disaggregiert man die Gesamtheit der Veränderungen im Beschäftigungsvolumen entwickelter Gesellschaften, so gilt zunächst die Beobachtung, dass der Ort der Beschäftigung beziehungsweise der Beschäftigungssektor darüber entscheidet, welcher der genannten Trends dominiert.

Die in diesem Zusammenhang ins Auge fallenden Veränderungen verweisen auf die Tatsache, dass das Beschäftigungsvolumen, insbesondere in der industriellen Produktion, aber keineswegs nur im gütererzeugenden Sektor, nicht eine Folge des Produktionsergebnisses dieses Bereiches mehr ist. Folglich spielen die Arbeitskosten im „Kostenvergleich“ und als Wettbewerbsfaktor eine immer geringere Rolle. Im herkömmlichen Verständnis manifestiert sich in dieser Entwicklung vor allem die zunehmende Produktivität des Herstellungssektors. In den Wirtschaftssystemen der Industrieländer nimmt der Produktionsausstoß des Herstellungssektors – bei gleichbleibender gesamt-

wirtschaftlicher Bedeutung dieses Sektors – zu, während der Anteil dieses Sektors an der Gesamtbeschäftigtenzahl ständig zurückgeht. In der Zukunft wird der Anteil der im industriell-gewerblichen Bereich Beschäftigten wahrscheinlich nicht größer sein als der Anteil der in diesen Ländern heute in der Landwirtschaft Beschäftigten.

In den entwickelten Volkswirtschaften wird ohnehin ein weiterer Rückgang der Zahl der Beschäftigten im Agrar- und Industriesektor als selbstverständlich angesehen. Ist aber der so genannte Dienstleistungssektor in der Lage, diesen Rückgang zu kompensieren und zusätzliche Arbeitsplätze anzubieten? Ökonomen und Politiker sind wegen der wachsenden Zahl der Arbeitslosen in den Industrienationen nur dann ernsthaft alarmiert, wenn sie Zweifel an der langfristigen Selbstheilungskraft des Marktmechanismus haben und unter Umständen mit Hilfe einer interventionistischen Arbeitsmarktpolitik das Vollbeschäftigungsniveau wieder herstellen wollen.

Mit anderen Worten, man vertraut nicht mehr wie in der Vergangenheit ohne weiteres darauf, dass eine höhere Nachfrage und in ihrem Gefolge Produktionszuwächse zu neuen Beschäftigungschancen führen. Denn selbst aus einer rein ökonomischen Perspektive ist inzwischen anerkannt, dass der Markt im Allgemeinen und der Arbeitsmarkt im Besonderen keineswegs vollkommene Systeme seien, und dass es kaum hinreichende wirtschaftspolitische Maßnahmen gebe, die dem sich selbst regulierenden Markt entsprechende Hilfestellung bieten könnten. Es ist deshalb denkbar, dass die schon seit langem beobachteten „lags“ und Ungleichgewichte des Arbeitsmarktes mehr als nur eine vorübergehende Erscheinung sind und nicht nur auf kurzfristige Konjunkturzyklen zurückgehen, sondern dass es sich um langfristige Dislokation des Arbeitsmarktes handelt, die sich unter Umständen sogar noch verschärfen könnte.

Die Anatomie der Arbeit in der Wissensgesellschaft

In der Ökonomie der Wissensgesellschaft kommt es nicht nur zu einer Veränderung im Volumen der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, sondern auch zu einer signifikanten Transformation der Arbeitsanforderungen, der typischen Berufsbilder, der Arbeitsinhalte, des Gestaltungsspielraums von Arbeitsinhalt und -form durch die Beschäftigten, der Arbeitsteilung, der sozialen Organisation der wirtschaftlichen Wertschöpfung sowie der komplexen Frage der beruflichen Fertigkeiten, des unterschiedlichen Tempos, mit dem diese Fertigkeiten obsolet werden, und der Notwendigkeit eines Erlernens neuer Fähigkeiten.

In den bisherigen Analysen dieser Fragenkomplexe geht man allerdings weitgehend davon aus, dass es der *technische Wandel* in seinen Auswirkungen auf die Arbeitswelt sei und als Motor der Transformation der Arbeitsformen und -inhalte fungiere. Man geht dabei von der konkreten Fragestellung aus, ob – abgesehen vom Umfang der Arbeit – ein Abbau beziehungsweise eine Zunahme der beruflichen Qualifikationen als Reaktion auf den technischen Wandel zu erwarten sei (vgl. Machin und van Reenen, 1998). Aber welche Wirkung des technischen Wandels auf die Arbeit man auch immer postuliert, die favorisierte „kausale“ Logik geht mit großer Selbstverständlichkeit davon aus, dass sich die zu erlernenden beruflichen Fähigkeiten und Kompetenzen vor allem an die veränderte Technologie anpassen müssen.

Man kann diese Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Welt der Arbeit besser verstehen, wenn drei empirische Tatsachen anerkannt werden: Erstens, hochqualifizierte Arbeitskräfte gibt es schon vor der verbreiteten Einführung und Anwendung der Informationstechnologie. Zweitens, der wachsende Anteil an der Erwerbsbevölkerung und die wachsende Bedeutung von hochqualifizierten Arbeitskräften ist nicht Ausdruck der Nachfrage nach diesen Arbeitskräften, sondern Ergebnis einer (autonomen, also gesellschaftlich bedingten) Veränderung in der Größenordnung solcher Arbeitskräfte. Die

Verantwortung für den langfristigen Erhalt der Arbeitsfähigkeit des Einzelnen verschiebt sich. Sie ruht zunehmend auf den Schultern des Arbeitnehmers selbst und nicht mehr des Staates. Und drittens, die Informationstechnologie hilft den Unternehmen und der Leitung von Firmen, mit den steigenden Arbeitskosten mitzuhaltens beziehungsweise sie zu kompensieren. Wir haben es infolgedessen nicht mit einer technologisch induzierten Transformation von der Industriegesellschaft zur „Informationsgesellschaft“ zu tun, sondern es mit einem gesellschaftlich bedingten Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft. In diesem Sinn haben wir ein neues, modernes Zeitalter erreicht.

Zusammenfassung und Ausblick

Mehr als je zuvor, so lautete meine zentrale Hypothese, ist Wissen in allen Bereichen unserer Gesellschaft Grundlage und Richtschnur menschlichen Handelns. Meine Untersuchung über Wissensgesellschaften sollte deshalb als Reaktion auf die grundlegende Beobachtung verstanden werden, daß die moderne Wissenschaft keineswegs nur, wie auch heute noch vielfach angenommen, Schlüssel und Zugang zu den Rätseln der Natur und des menschlichen Verhaltens ist, sondern vor allem das Werden einer Welt. Ich habe versucht zu zeigen, daß die Wissensgesellschaft keineswegs nur Erfindung der Gesellschaftstheorie ist, sondern ein reales Phänomen ist. Die Entwicklung der modernen Gesellschaften in Wissensgesellschaften wird sich in den kommenden Jahrzehnten als Motor weiterer, grundlegender gesellschaftlicher, ökonomischer und kultureller Veränderungen bemerkbar machen.

Literatur

- Vico, Giambattista ([1744] 1961, The New Science. New York: Doubleday.
- Stehr, Nico (2000), Die Zerbrechlichkeit moderner Gesellschaften. Weilerswist. Velbrueck.
- Stehr, Nico (2001), Wissen und Wirtschaften. Die gesellschaftlichen Grundlagen der modernen Ökonomie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.